

Ausgabe 73, 25. Mai 2009

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

"Der Klimawandel scheint das erste wirklich globale Problem der Menschheitsgeschichte zu sein"

Interview mit dem Demografen Prof. Dr. Wolfgang Lutz

[weiterlesen](#)

Weniger Kinder, höhere Lebenserwartung - auch Lateinamerika altert Der rasche demografische Wandel verlangt ein geeignetes Rentenmodell

[weiterlesen](#)

Fürsorge und Pflege sind keine Privatsache

Unentgeltlich kümmern sich bisher in großer Mehrzahl Frauen um Ältere und Kinder - die alternde und schrumpfende Gesellschaft muss die Arbeit neu organisieren

[weiterlesen](#)

In eigener Sache

Neu im Online-Handbuch Demografie

[weiterlesen](#)

"Der Klimawandel scheint das erste wirklich globale Problem der Menschheitsgeschichte zu sein"

Interview mit dem Demografen Prof. Dr. Wolfgang Lutz

Der Bevölkerungsforscher Prof. Dr. Wolfgang Lutz hat Demografie studiert und leitet das World Population Program am [Internationalen Institut für angewandte Systemanalysen](#) (IIASA) in Laxenburg bei Wien sowie das [Vienna Institute of Demography](#) (VID) der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wolfgang Lutz ist Mitglied des Vorstandes des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.



Die Weltbevölkerung wächst unablässig. Die Emissionen von Treibhausgasen wachsen ebenfalls. Worin liegt das größere Problem für die Zukunft der Menschheit?

Das größte Problem sehe ich darin, die zu erwartende Klimaveränderung mit möglichst geringem Schaden zu verkraften. Zumindest ein gewisses Maß von Klimawandel scheint unausweichlich. Dabei sind zwei Fragen von Bedeutung: Erstens, wie stark ist der jeweilige Lebensraum davon betroffen, etwa durch Anstieg des Meeresspiegels. Und zweitens, wie stark sind unsere Fähigkeiten, beziehungsweise die der Staaten, mit dieser Herausforderung umzugehen. Dies ist in erster Linie eine Frage des Humankapitals und des wirtschaftlich-technologischen Entwicklungsstandes.

Lässt sich unser Klimaproblem auf die kurze Formel bringen "Immer mehr Menschen wollen immer mehr"?

Nein, so einfach liegt der Fall nicht. Es ist zwar klar, dass mehr Menschen insgesamt mehr Energie verbrauchen, besonders dann, wenn die armen Länder - wie wir ja hoffen - in ihrem Wirtschaftswachstum zulegen. Aber die wachsende Zahl der Menschen ist nur ein Faktor unter mehreren, die sich auf die zukünftigen Emissionen auswirken. Der Pro-Kopf-Energieverbrauch ist die entscheidendere Größe. Wenn also mehr Menschen durch einen klügeren, effizienteren Umgang mit Energie weniger Energie verbrauchen und damit weniger Treibhausgase emittieren würden, wäre das Problem kleiner.

Wo stecken weltweit die größten Quellen für Treibhausgas-Emissionen? Wo sind die größten Zuwächse zu erwarten?

Außer den Emissionen durch das Verbrennen fossiler Rohstoffe wie Kohle, Öl und Erdgas tragen die Rodung tropischer Wälder und die Landwirtschaft - durch die Rinderzucht, den Reisanbau und die künstliche Düngung - noch erheblich zum Klimawandel bei. Alle drei Quellen hängen auch mit der Zahl der Menschen zusammen - und mit ihren Ansprüchen.

Welche Menge des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) dürfte jeder der rund sieben Milliarden Erdenbürger pro Jahr im Mittel in die Atmosphäre entlassen, damit diese stabil bliebe?

Das ist keine so einfache Frage, weil sie stark vom Zeithorizont und vom dem als akzeptabel angesehenen Niveau abhängt. Derzeit schlucken die Ozeane über acht Gigatonnen CO₂ im Jahr aus der Atmosphäre. Demnach dürfte jeder der 6,8 Milliarden Erdenbürger etwa 1,2 Tonnen pro Jahr emittieren. Wächst die Weltbevölkerung weiter stark, so verringert sich der Wert entsprechend. Allerdings vermuten die Experten, dass die Aufnahmekapazität der Weltmeere über die Jahre zurückgeht. Die Konzentration in der Atmosphäre ist gegenüber dem vorindustriellen Wert jetzt schon erhöht und die Erwärmung schon im Gange. Das Ganze ist ein sehr träger, langfristiger Prozess. Letztlich müssen wir darauf hinsteuern, die Emissionen zu vermindern und gleichzeitig eine gewisse Erwärmung verkraften.

Der durchschnittliche Amerikaner, auch der Deutsche, liegt vermutlich über diesem zulässigen Limit?

Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energieträger liegen bei 9,5 Tonnen pro Jahr in Deutschland und bei 19,5 Tonnen in den USA. Beides ist viel zu hoch für eine Stabilisierung des Klimas.

Warum bedeutet dann das Bevölkerungswachstum im Tschad oder dem Jemen, wo die Pro-Kopf-Emissionen weit unter dem erträglichen Limit liegen, ein Problem für die Nachhaltigkeit auf unserem Planeten?

Wenn die Menschen im Tschad weiter so arm bleiben oder vielleicht durch das starke Bevölkerungswachstum noch ärmer werden, kaum Energie verbrauchen und frühzeitig in Elend sterben, ist dies natürlich keine Bedrohung für das Weltklima. Nur kann das ja nicht das Ziel sein. Alle Bestrebungen gehen ja in Richtung Armutsbekämpfung, was fast automatisch mit mehr Energieverbrauch verbunden ist. China ist das wichtigste Beispiel dafür. Und wenn die Menschen im Tschad hoffentlich auch einmal wohlhabender werden, dann werden natürlich viele Menschen mehr Energie verbrauchen als weniger.

Müssten die reichen Länder die armen für ihr klimaschädigendes Verhalten entschädigen? Und wenn ja, wie?

Das ist in erster Linie eine Frage der Ethik und in zweiter Linie eine der internationalen politischen Umsetzung. Ich glaube, dass die einzige weltweit akzeptable Lösung darin liegt, jedem Erdenbürger das gleiche Recht an der Atmosphäre zu geben, also pro Kopf gleiche Emissionen. Wer mehr emittieren will, der muss den anderen diese Rechte abkaufen. Dadurch wird es gleichzeitig auch möglich, dort anzusetzen, wo es am kosteneffizientesten ist. So eine Regelung wird schwierig genug, sie beantwortet aber noch nicht die Frage der Verantwortung für die bisherigen Emissionen.

Haben Länder wie der Tschad eine Entwicklungschance, solange das Bevölkerungswachstum dort so hoch ist? Immerhin dürfte sich die Bevölkerung dort bis 2050 verdreifachen.

Nein. Um nur einen wichtigen Grund zu nennen: Die allgemeine Schulbildung, die eine Voraussetzung für Entwicklung ist, kann kaum erzielt werden, wenn die Zahl der Kinder im Schulalter zu schnell wächst.

Mit welchen Mitteln ließe sich das Bevölkerungswachstum in den armen Ländern verlangsamen?

Die Forschung hat hier einen ganz klaren Befund geliefert: Nur die Kombination von massiven Investitionen in die Bildung von Mädchen und die weitere Verbreitung von freiwilligen Familienplanungsprogrammen können Länder aus dem Teufelskreis von Armut und großem Bevölkerungswachstum befreien.

Bildung - insbesondere für Frauen - gilt gemeinhin als Allheilmittel gegen starkes Bevölkerungswachstum. Bildung führt aber auch zu mehr Arbeit, zu mehr Wohlstand und zu mehr Emissionen. So gesehen ist Bildung ungemein schädlich. Je schneller wir das bedrohliche Bevölkerungswachstum senken, desto schneller geraten wir in die Klimafalle. Indien und China machen uns diese Entwicklung gerade vor. Wie lösen wir dieses Dilemma?

Bildung, wenn sie richtig ansetzt und emanzipierend wirkt, kann nie schädlich sein. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für eine Verbesserung der Gesundheit, für eine bewusste Wahl der eigenen Kinderzahl und für ein Entkommen aus der Armut. Das sind ja alles die wichtigsten Ziele der internationalen Entwicklungsanstrengungen. Natürlich bedeutet höheres Einkommen dann auch mehr Emissionen, auch wenn sie pro Kopf noch deutlich geringer sein werden also bei uns. Aber was ist die Alternative? Hoffen, dass die Menschen in Armut sterben? Weil es keine Alternative zu Entwicklung gibt, glaube ich, dass wir mit einer gewissen Klimaveränderung einfach zu rechnen haben. Und gerade dann werden es besser gebildete Menschen leichter haben, sich an das veränderte Klima anzupassen und nicht zu Schaden zu kommen.

Fehlen der Welt klare Verhaltensregeln in Sachen Klimaschutz?

Der Klimawandel scheint das bisher größte wirklich globale Problem der Menschheitsgeschichte zu sein. Kein Staat, keine Insel, niemand kann sich da raushalten. Dafür brauchen wir auch neue Formen der globalen "Governance". Dabei wird auch die heilige Kuh der nationalen Souveränität nicht uneingeschränkt bestehen bleiben können.

Wie müssten die Regeln aussehen?

Sie müssen sich an gleichen Emissionsrechten für jeden Erdenbürger orientieren. Aber den genauen Inhalt und die Übergangsfristen zu verhandeln, wird ein sehr mühsamer Prozess werden.

Und was bedeutet das praktisch für die Bürgerinnen und Bürger der Industrienationen? Kein Auto mehr fahren, kein Flugzeug benutzen, weniger heizen?

Wenn wir es klug machen und umweltfreundliche Technologien einsetzen, dann muss das nicht zwangsweise ein Sinken unserer Mobilität und Lebensqualität bedeuten.

Die Lebensbedingungen in den subtropischen Regionen, selbst im Mittelmeerraum werden sich den Prognosen zufolge verschlechtern - in den höheren Breiten wie in Sibirien durch die Erwärmung verbessern. Was bedeutet das für die Wanderungsbewegungen der Zukunft?

In Ägypten wird sich die Bevölkerung vermutlich noch verdoppeln. Gleichzeitig weitet sich der Wassermangel aus und die landwirtschaftlich nutzbare Fläche nimmt sogar ab. Weniger als 2.000 Kilometer entfernt in Russland und der Ukraine liegen die fruchtbarsten Böden, und die Bevölkerung schrumpft. Durch den Klimawandel wird sich das Gefälle noch verstärken. Ich kann mir gut vorstellen, das Russland in der Zukunft zu einem großen Einwanderungsland wird. Nur darf man die Frage der kulturellen Unterschiede und der daraus resultierenden Herausforderungen an die Integration nicht unterschätzen.

Die Ingenieure sagen uns seit vielen Jahren, sie hätten die Technologien in der Schublade, mit denen sich die Industriegesellschaften um den Faktor 10 energieeffizienter betreiben ließen. Wer sorgt dafür, dass diese Konzepte nicht aus der Schublade kommen und in die tägliche Anwendung gelangen?

Es sind die perversen ökonomischen Anreizsysteme, die die Umweltkosten nicht in den Preisen berücksichtigen. Änderungen sind hier wegen der sogenannten normativen Kraft des Faktischen nur sehr schwierig. Es gibt Viele, die Interesse an der Beibehaltung des jetzigen Systems haben. Deshalb gelingen Veränderungen wahrscheinlich nur in kleinen Schritten - außer es gibt eine wirklich große Krise, die auch radikalere Veränderungen ermöglicht.

Was müssen die viel emittierenden Industriestaaten tun, um die armen Länder für ihre eigenen Klimaschandtaten zu kompensieren?

Die Emissionen der Vergangenheit können wahrscheinlich nicht mehr aufgerechnet werden. Dass würde in gewisser Weise Sippenhaftung bedeuten, die kaum akzeptabel sein wird. Aber für die Zukunft brauchen wir ein gerechtes System. Gleichzeitig ist es für die armen Länder aber auch nicht zielführend sich nur in der Opferrolle zu sehen. Sie kommen nicht durch mögliche Kompensationszahlungen aus der Armutsfalle sondern nur durch eigene Anstrengung, durch Entwicklung ihrer eigenen Humanressourcen und das Aufräumen im eigenen Haus heraus. China etwa hat seine enorme Entwicklung in den letzten 30 Jahren ganz ohne äußere Hilfe geschafft. Und China liefert den Hauptgrund dafür, dass weltweit die Armut zurückgegangen ist.

Befürchten Sie, dass sich die Menschen der armen Länder, die sich zudem schlecht gegen den Klimawandel wappnen können, irgendwann gegen die ihnen angetane Ungerechtigkeit wehren werden?

Die Welt war auch bisher schon voll von Ungerechtigkeiten. Der Klimawandel ist nur eine zusätzlich Dimension, die sogar noch etwas abstrakter ist, weil Ursache und Wirkung nicht als unmittelbar miteinander verbunden erlebt werden. Aber die Armen wollen ja nicht Rache sondern eine bessere Zukunft. Hier wird es entscheidend sein, echte Entwicklungsperspektiven für die Zukunft zu bieten, die die Welt zumindest ein Stück weit gerechter machen.

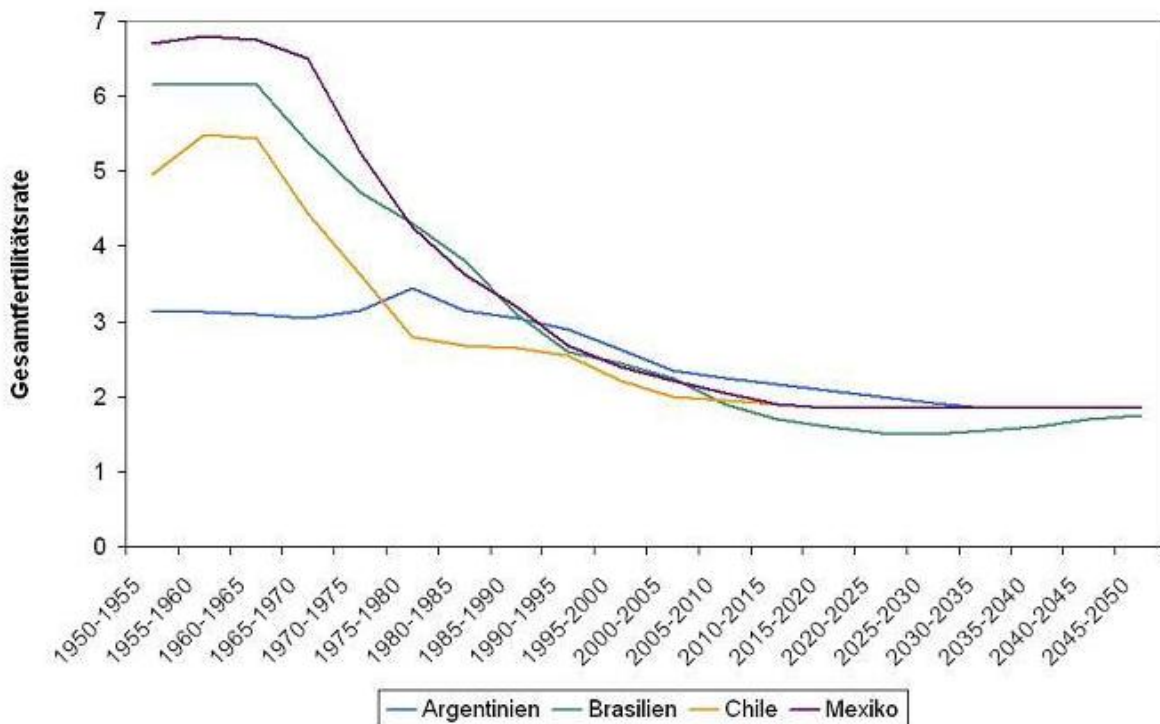
Das Interview führte Reiner Klingholz.

Nachdruck unter Quellenangabe (Reiner Klingholz / Berlin-Institut) erlaubt.

Weniger Kinder, höhere Lebenserwartung - auch Lateinamerika altert Der rasche demografische Wandel verlangt ein geeignetes Rentenmodell

In Lateinamerika hat sich die Altersstruktur der Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Noch in den 1970er Jahren hatte die Region eine der weltweit höchsten Fertilitätsraten und eine junge, schnell wachsende Bevölkerung. In den lateinamerikanischen Ländern bekam eine Frau im Schnitt fünf bis sechs Kinder. 2008 lag die Gesamtfertilitätsrate von Lateinamerika und der Karibik dagegen nur noch bei 2,42 Kindern je Frau. Vor allem größere und wirtschaftlich entwickelte Staaten wie Brasilien, Mexiko, Argentinien und Chile nähern sich heute dem sogenannten bestandserhaltenden Wert von 2,1, bei dem eine Bevölkerung langfristig stabil bliebe, oder haben diesen sogar schon unterschritten. Auf lange Sicht werden sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen die Fertilitätsraten in allen Ländern der Region bei 1,85 einpendeln. Erste Auswirkungen dieser Entwicklung sind bereits zu spüren: Das Bevölkerungswachstum in der Region hat sich in wenigen Jahrzehnten von 2,7 auf 1,3 Prozent halbiert und wird weiter zurückgehen. Trotzdem wird die Gesamtbevölkerung Lateinamerikas und der Karibik nach Angaben des Population Reference Bureaus bis 2050 von 577 Millionen im Jahr 2008 auf 778 Millionen anwachsen.

Fertilitätsraten im freien Fall



Die Fertilitätsraten sind in vielerorts in Lateinamerika in den letzten 40 Jahren drastisch gefallen. Sie werden nach Annahmen der Vereinten Nationen in den meisten Ländern noch weiter sinken, sogar unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1. In Mexiko verlief die Entwicklung besonders rapide, während das stark europäisch geprägte Argentinien im regionalen Vergleich schon lange niedrige Fertilitätsraten aufwies (Datengrundlage: UN World Population Prospects, 2008).

Anders als in Europa geht die Bevölkerung in Lateinamerika also vorläufig nicht zurück. Das eigentliche Problem in der Region ist daher die fortschreitende gesellschaftliche Alterung. Nach Schätzungen des US Census Bureau wird der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in der Region von 6,4 Prozent im Jahr 2008 bis 2050 auf 17,8 Prozent steigen. Im gleichen Zeitraum wird in Ländern wie Brasilien und Mexiko das Medianalter der Bevölkerung, also jenes Lebensalter, das eine Bevölkerung statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt, um knapp 20 Jahre auf Werte jenseits der 40 ansteigen. Neben der sinkenden Fertilität ist hierfür vor allem die drastisch steigende Lebenserwartung in Lateinamerika

verantwortlich. Betrug diese im Zeitraum 1960 bis 1965 noch 56,8 Jahre, stieg sie seitdem um ungefähr 30 Prozent auf 73,3 Jahre an. In Chile betrug die Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2008 78,7 Jahre, was bedeutet, dass Chilenen ein längeres Leben erwarten dürfen als Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika, die im Schnitt nur ein Alter von 78 Jahren erreichen.

Für die Politik bringt der demografische Wandel vor allem die Frage nach den Renten auf den Tisch. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden in der Region im Jahr 2050 nur noch 3,1 Personen im arbeitsfähigen Alter auf eine Person im Rentenalter entfallen gegenüber 8,7 im Jahr 2005. Unabhängig von dem genauen Ausmaß des Rückgangs lässt sich bereits heute sagen, dass Rentenkassen in Ländern mit traditionellen Umlageverfahren, wie es sie unter anderem in Brasilien und Argentinien gibt, unter massiven Druck geraten werden.

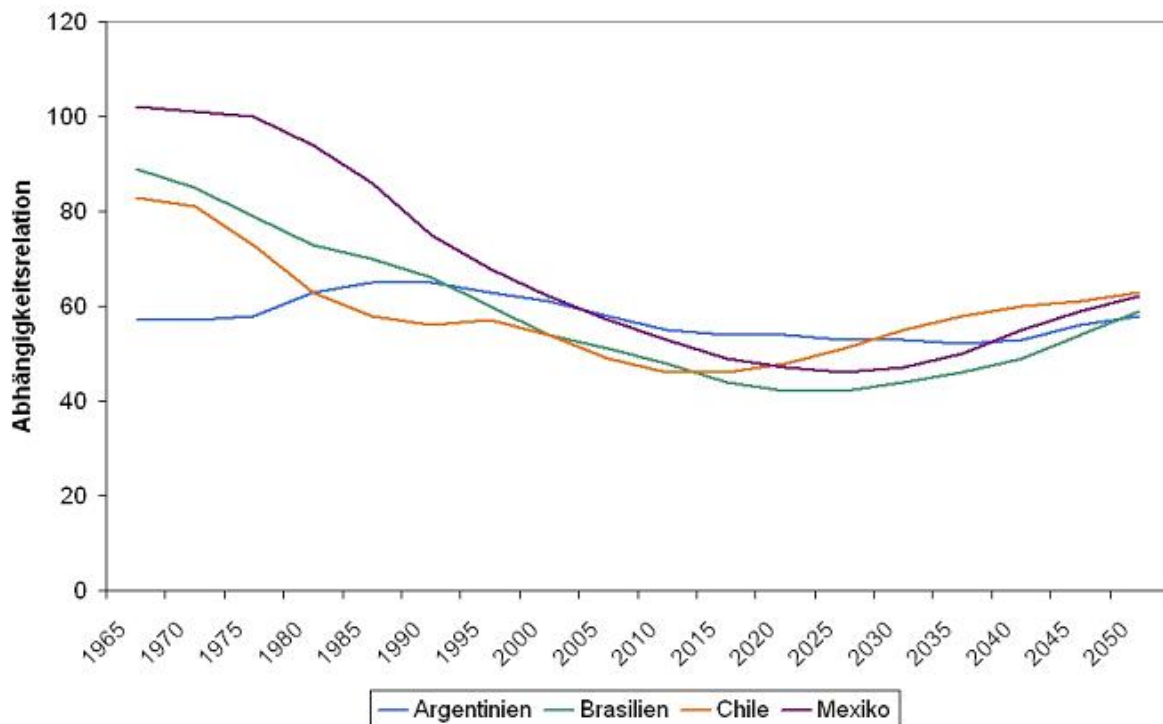
Vor diesem Hintergrund feierten 1981 viele den Wechsel Chiles hin zu einem Kapitaldeckungssystem in der Rentenversicherung als revolutionär. In der Tat war die Zahl der Länder beträchtlich, die dem chilenischen Beispiel folgten. Mexiko, Bolivien und El Salvador haben ihre umlagefinanzierten Rentenmodelle inzwischen komplett ersetzt. Kolumbien, Peru, Costa Rica und Uruguay haben sich für verschiedene Mittelwege entschieden, die Arbeitnehmern entweder die Wahl ihres bevorzugten Modells lassen oder sie nach Einkommensklassen aufteilen.

Die potenziellen Vorteile kapitalgedeckter Rentenmodelle hören sich verlockend an. Sie sind unabhängig von demografischen Entwicklungen, versprechen aufgrund ihrer Anlage auf Kapitalmärkten höhere Erträge und entlasten somit die Staatskassen. Darüber hinaus bieten sie Anreize für höhere Beiträge, da jeder Arbeitnehmer direkt sein Rentenniveau in der Zukunft beeinflussen kann. Höhere Einzahlungen wiederum helfen beim Aufbau moderner Kapitalmärkte und fördern über höhere Ersparnisse und Investitionen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

In der Praxis sieht es jedoch leider oft anders aus. Kapitalgedeckte Rentensysteme garantieren nur so lange höhere Erträge, wie diese auf Kapitalmärkten zu erzielen sind. In Zeiten globaler wirtschaftlicher Unsicherheit ist diese Art der Vorsorge ein höchst riskantes Spiel geworden. So haben die chilenischen Rentenfonds allein zwischen September und Dezember vergangenen Jahres 19,5 Prozent ihres Wertes eingebüßt. Außerdem haben auch sie es nicht geschafft, das eigentliche Problem lateinamerikanischer Rentensysteme in den Griff zu bekommen: Nur eine relativ geringe Zahl von Personen erwirbt überhaupt am Ende ihres Arbeitslebens einen Anspruch auf Rente. In Lateinamerika ist nach wie vor ein sehr großer Teil der Bevölkerung selbstständig tätig oder in informellen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Diese Personen schaffen es oft nicht, über die erforderlichen 20 bis 25 Jahre in die Rentenkassen einzuzahlen, um am Ende ihres Arbeitslebens eine adäquate Rente zu erhalten. In das chilenische System wurde daraufhin 2008 eine Klausel eingebaut, die auch Geringverdienern ohne offiziellen Rentenanspruch eine Minimalrente garantiert, welche aus der Staatskasse bezahlt wird.

Um die Rentenkassen in Lateinamerika dauerhaft zu entlasten, führt daher kein Weg daran vorbei, Ungleichheit und Schattenwirtschaft zu bekämpfen. Dies gilt sowohl für Umlage- als auch für Kapitaldeckungssysteme. Nur so kann eine ausreichende Zahl von Beitragszahlern rekrutiert werden. Aus demografischer Sicht stehen die Chancen für dieses Unterfangen derzeit besser denn je. Bis ungefähr 2030 (in Chile etwas früher) wird in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter aufgrund der nachwachsenden noch kopfstarken jungen Jahrgänge im Vergleich zu den Kindern sowie den Rentnern steigen. Diese sogenannte "[demografische Dividende](#)" bringt wichtige wirtschaftliche Vorteile. Ein größerer Anteil der Bevölkerung im Arbeitsleben führt zu höheren Pro-Kopf-Einkommen, weniger Kinder bedeuten weniger häusliche Verantwortung sowie eine potenziell höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, und kleinere Familien bieten mehr Möglichkeiten für eine qualitativ hochwertige Erziehung des Nachwuchses. Sollte es den lateinamerikanischen Ländern gelingen, diese Potenziale in den nächsten 20 Jahren wirkungsvoll auszuschöpfen, wird man für die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung besser gewappnet sein.

Die demografische Dividende



Die Zahl der über 65-Jährigen und unter 15-Jährigen in Relation zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird in den meisten lateinamerikanischen Ländern bis etwa 2025 fallen. In Chile wird sie schon etwas früher wieder ansteigen, während sie in Argentinien erst 2035 ihren Tiefpunkt erreichen wird. In dieser Zeit können der Staat und die Familien Geld sparen, weil weniger Kinder großzuziehen und weniger Ältere zu versorgen sind. Wenn diese Mittel in Bildung investiert und zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden, kann eine "demografische Dividende" eingefahren werden (Datengrundlage: UN World Population Prospects, 2008, mittlere Variante).

Literatur

Jackson, R., Strauss, R. & Howe, N. (2009). *Latin America's Aging Challenge ? Demographics and Retirement Policy in Brazil, Chile, and Mexico*. Center for Strategic & International Studies, Washington DC.

Keppeler, T. (2009). Rechenfehler mit schweren Folgen. *Welt Sichten*, 04-2009.

Population Reference Bureau (2008). *World Population Datasheet*. Washington DC.

Margret Karsch / Rainer Münz: Demografische Dividende. In: *Online-Handbuch Demografie*, www.berlin-institut.org

Steffen Kröhnert: Bevölkerungsentwicklung in Lateinamerika. In: *Online-Handbuch Demografie*, www.berlin-institut.org

Fürsorge und Pflege sind keine Privatsache

Unentgeltlich kümmern sich bisher in großer Mehrzahl Frauen um Ältere und Kinder - die alternde und schrumpfende Gesellschaft muss die Arbeit neu organisieren



Frauen übernehmen zu rund 80 Prozent die häusliche Pflege von Älteren und Kindern. In Zeiten knapper Kassen können es sich jedoch die wenigsten leisten, ohne Bezahlung zu arbeiten. Aber der Bedarf an Fürsorge bleibt - und steigt sogar, da die Menschen in Deutschland im Schnitt ein höheres Alter erreichen als früher. Die Gesellschaft muss neu darüber verhandeln, welcher Wert dieser Arbeit zukommt und wie diese Leistungen gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden können.

Die Sozialwissenschaften und insbesondere die Frauen- und Geschlechterforschung suchen schon lange nach Wegen, die Fürsorge neu zu organisieren. Der Sammelband von den Herausgeberinnen Annemarie Bauer, Professorin für Soziale Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule in Darmstadt, und Katharina Gröning, Professorin für pädagogische Beratung an der Universität Bielefeld, will einmal mehr verdeutlichen, wie dringlich diese Aufgabe ist.

Dazu lenkt das Buch den Blick auf zwei Aspekte: erstens auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung und zweitens auf das Geschlechterverhältnis. Die gestiegene Lebenserwartung der Menschen in Deutschland bringt auch einen Zuwachs an Alterserkrankungen wie Demenz mit sich. Die Zahl derer, die Unterstützung benötigen werden, nimmt also zu, während die Gesamtbevölkerung schrumpft, weil die Geburtenzahlen seit 1964 stetig zurückgegangen sind. Und Deutschland kann nicht davon ausgehen, dass es in den kommenden Jahren genug Zuwanderer anziehen wird, um dies auszugleichen. Der demografische Wandel verstärkt also den Druck, Fürsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr- und ernst zu nehmen. Soweit zum Aspekt der Bevölkerungsentwicklung.

Der zweite Aspekt ist das sich wandelnde Geschlechterverhältnis: In der großen Mehrzahl der Fälle übernehmen Frauen die notwendige Pflege in der Familie. Die dazugehörigen Tätigkeiten betrachten sie durchaus als sinn- und wertvoll, aber der ökonomische Druck erlaubt es ihnen längst nicht mehr, unter- oder sogar unbezahlt zu arbeiten. Und sie fordern auch dieselben Rechte wie Männer, also für Leistungen angemessen bezahlt zu werden. Ziel muss es sein, die Lohnschere zwischen den Geschlechtern zu schließen, und dazu gehört auch, die häusliche Arbeit gerechter zu verteilen. Voraussetzung dafür ist, dass die Gesellschaft Strukturen bereitstellt, die nicht von vornherein Männer oder Frauen auf bestimmte Tätigkeiten festlegen.

Die Herausgeberinnen wollen aus dem Spannungsverhältnis von Geschlechterrollen und wachsendem Bedarf an Fürsorge die soziale Sprengkraft ziehen, um eine Debatte über Gerechtigkeit, Geschlecht und Fürsorge anzustoßen. Dabei entlarven sie die in der Diskussion um Alterung und Pflege oft geforderte Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung als unzulängliche Antwort auf die Frage nach Lösungen für das Problem.

Die Beiträge, hauptsächlich Vorträge einer Bielefelder Ringvorlesung im Wintersemester 2006/2007, geben einen Überblick über die Bandbreite des Feldes. Eine klare Systematik der Zusammenstellung fehlt, nichtsdestotrotz kann das Buch allen nützen, die Anregungen für weitere Forschung suchen. Allen in der Pflege und in den Beratungsstellen Tätigen sensibilisiert die Lektüre für Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, wenn sie sich nicht von den zuweilen verklausulierenden Formulierungen einiger Texte abschrecken lassen. Damit kann das Buch tatsächlich, wie es sein Anspruch ist, zu einer neuen Diskussion anregen. Zumindest

liefert es zahlreiche Argumente, warum angesichts der alternden Gesellschaft Fürsorge und Pflege dringend neu organisiert werden müssen.

[Annemarie Bauer, Katharina Gröning \(Hg.\): Gerechtigkeit, Geschlecht und demografischer Wandel. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag 2008. 277 Seiten, 25,90 Euro.](#)

In eigener Sache Neu im Online-Handbuch Demografie

Das [Glossar](#) liegt in einer aktualisierten und benutzerfreundlicheren Version vor.

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Online spenden per Lastschriftverfahren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz
E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org
Telefon: 0 30-22 32 48 45